

## Letzte Wortgefechte vor Volksentscheid

akw Mühleberg Knapp zwei Wochen vor der Abstimmung zum AKW Mühleberg kam es gestern im Grossen Rat zu einem weiteren Schlagabtausch zwischen Gegnern und Befürwortern.

Woher kommt das Uran für das AKW Mühleberg? Wie engagiert sich die Regierung im Abstimmungskampf? Woher kommt das viele Geld für die Propaganda der Atomlobby? Wie viel muss der Kanton Bern bezahlen? Fragen, die gestern das bernische Kantonsparlament beschäftigten. Diskutiert wurde, weil das Bernervolk am 13. Februar die Frage beantworten muss, ob am jetzigen Standort des AKW Mühleberg dereinst ein neues, weit grösseres Atomkraftwerk gebaut werden soll.

In der Regel werden Interpellationen im Grossen Rat nicht diskutiert, sondern zur Kenntnis genommen. Beim Thema AKW ist dies freilich anders. Die vier Interpellationen aus dem links-grünen Lager waren allesamt Attacken auf die Kernkraft und die AKW-Betreiberin BKW. Eine BDP-Interpellation nahm das Verhalten des links-grünen Regierungsrates ins Visier. Gegner und Befürworter des Standortes Mühleberg reklamierten für sich, nur Fakten zu präsentieren.

### BKW unter Dauerbeschuss

«Demokratiapolitisch bedenklich» sei es, wettete Samuel Leuenberger (BDP, Trubschachen), wenn sich der Regierungsrat an einer Medienkonferenz gegen den Bau eines neuen AKW in Mühleberg ins Zeug lege, obwohl das Parlament genau das Gegenteil beschlossen habe. Auch die SVP kritisierte das Verhalten der links-grünen Regierung.

Kritisiert wurde von mehreren Votanten das Verhalten der Bernischen Kraftwerke (BKW), die sich mehrheitlich in Staatsbesitz befindet. Dass das geplante Lager von hoch radioaktivem Abfall kein Thema in der BKW-Abstimmungszeitung sei, gehe nicht an, monierte Nadine Masshardt (SP, Bern). Die Grünen sagten «Nein zur Propagandawalze der BKW», betonte Natalie Imboden (Bern). Wer nichts zu einem Atommülllager sage, habe etwas zu verbergen. Eine andere Erklärung hatte Josef Jenni (EVP, Oberburg): «Bei der BKW geht – das haben wir erfahren – von Zeit zu Zeit etwas vergessen.» Und Franziska Schöni (GLP, Bremgarten) stellte fest, dass nicht eine Strom-, sondern eine Informations- und Sicherheitslücke bestehe. «Die absolute Desinformation der BKW» geisselte auch Andreas Hofmann (SP, Bern). «Nach der Vielzahl von Halbwahrheiten der BKW» plagten Finanzpolitiker Blaise Kropf (Bern) ungute Gefühle: die Kosten. Der Bau eines neuen AKW in Finnland zeige jetzt, dass ein finanzielles Risiko bestehe, letztlich für die Steuerzahler. Es gelte langfristig zu denken und deshalb auf den Bau von AKW zu verzichten, sagte Marc Jost (EVP, Thun).

### FDP will runden Tisch

Zu einem diametral anderen Schluss kamen die Sprecher von BDP, SVP und FDP. «Die BKW informiert transparent», bilanzierte Bernhard Riem (BDP, Iffwil), welcher den AKW-Gegnern Angstmacherei vorwarf. Dem Kanton Bern drohe kein Risiko, sondern er «profitiert finanziell». Ueli Jost (SVP, Thun) ärgerte sich über «die vielen unwahren Voten». Ehrlich war das Votum von AKW-Befürworter Mathias Tromp (BDP, Bern): «Wir wollen, dass uns der Strom nicht ausgeht.» Dem Hickhack wollte Peter Flück (FDP, Brienz) ein versöhnliches Ende setzen. Konkret: Am 1. Februar will der FDP-Kantonalpräsident die Streithähne an einem runden Tisch zusammenbringen. Das letzte Wort in der AKW-Mühleberg-Frage hat dann aber am 13. Februar das Bernervolk.